Deutscher Gewerkschaftsbund

Statement

Stefan Körzell

Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Jahrespressekonferenz

Berlin, 10. Februar 2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Bundestagswahljahr 2021 starten wir in ein entscheidendes Jahrzehnt für die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir müssen entscheiden, welchen Entwicklungspfad Deutschland und Europa einschlagen: Setzen wir auf eine soziale und ökologische Erneuerung – auf Wohlstand, Teilhabe, Gute Arbeit und klimaneutralen Umbau? Oder machen wir weiter wie vor Corona – und lassen zu, dass sich die soziale Spaltung und ökologische Krisen zuspitzen und wir den Wohlstand durch eine rigide Sparpolitik aufs Spiel setzen? Ich sage ganz klar: Der DGB sieht eine soziale und ökologische Transformation als große Chance – und gleichzeitig als große Herausforderung. Die Gewerkschaften stehen bereit, die sozial-ökologische Transformation mitzugestalten, die Wirtschaft klimaneutral umzubauen und dabei Wertschöpfungsnetzwerke zu erhalten.

Die Beschäftigten müssen dabei einbezogen sein. Sie müssen mitentscheiden und mitgestalten können. Das funktioniert mit einer starken Sozialpartnerschaft am besten: Deshalb fordern wir Transformationsbeiräte, die Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zusammenbringen. Anspruchsvolle CO2-Regulierung hat Folgen für die Beschäftigung und für die Wirtschaft. Politisches Handeln muss deshalb erstens für Beschäftigte und Verbraucher nachvollziehbare Wege aufzeigen, wie die Klimaziele erreicht werden sollen; und zweitens durch eine gezielte und präventive Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik den Wandel unterstützen. Wir brauchen eine Politik, die den regionalen Strukturwandel begleitet, statt ganze Regionen gegen die Wand fahren zu lassen. Denn sonst geht der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren und die demokratische Gesellschaft büßt an Akzeptanz ein.

Mit den staatlichen Konjunktur-und Investitionsprogrammen als Folge der Corona-Pandemie wurden Investitionen in die Transformation gestärkt. Das ist ein richtiger Startpunkt für eine Investitionsoffensive der öffentlichen Hand. Hier darf die Politik nicht nachlassen: Sinnvoll wäre, den Wirtschaftsstabilisierungsfonds zu einem Transformationsfonds umzubauen. Die Forderung des DGB nach einem groß angelegten, über zehn Jahre laufenden öffentlichen Investitionsprogramm, wie wir es vor einem Jahr mit dem BDI vorgestellt haben, ist weiter toppaktuell.

Wichtig ist ein neues Verständnis der Rolle des Staates in der Transformation. Ein Nachtwächterstaat wird dieser gewaltigen Aufgabe nicht gerecht. Wir setzen auf einen handlungsfähigen Staat, der gestaltet und investiert, der sich an strategisch wichtigen Unternehmen beteiligt und so für Sicherheit im Wandel sorgt. Jetzt Staatsbeteiligungen abzustoßen, wie es unlängst der Bundeswirtschaftsminister gefordert hat, wäre das völlig falsche Signal. Klar ist: Die Transformation kostet Geld. Der Bund muss dafür zusätzliche Kredite aufnehmen. Es braucht aber auch eine dauerhafte Stärkung der Einnahmebasis durch eine gerechte Steuerreform. Gerade der deutsche Staat hat die Möglichkeit, günstig Kredite aufzunehmen. Durch Corona wird die deutsche Staatsverschuldung nach Prognosen der Bundesregierung auf mehr als 70 Prozent des BIP steigen. Das ist immer noch weniger, als die Spitzenwerte nach der Finanzkrise 2008. Noch vor zehn Jahren lag der Wert bei gut 80 Prozent.

Wichtig ist, dass die Schuldenbremse ausgesetzt bleibt und in der bisherigen Form auch nicht wieder in Kraft tritt. Staatliche Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Klimaschutz und Digitalisierung dürfen durch keine Schuldenbremse verhindert werden. Investitionsausgaben des Staates sollten generell nicht mehr unter die Schuldenbremse fallen. Eine entsprechende „Goldene Regel", die insbesondere die Finanzierung öffentlicher Nettoinvestitionen durch Nettokreditaufnahme ermöglicht, könnte eine solche Verbesserung schaffen. Auch auf europäischer Ebene brauchen wir entsprechende Reformen der Schuldenregeln. Sollte der europäische Wachstumspakt in alter Form wieder greifen, würde das viele EU-Länder zu katastrophalen und absolut unrealistischen Kürzungsorgien zwingen. Die Eurozone wäre erneut in Gefahr. Davor können wir nur warnen.

Zusätzlich muss die Einnahmebasis des Staates dauerhaft erhöht werden. Einmal, um neues, zusätzliches Personal im öffentlichen Dienst einzustellen und auch angemessen zu bezahlen – Elke Hannack hat es soeben erwähnt. Es geht dabei aber auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt – und darum, die Lasten der Corona-Krise gerecht zu verteilen. Der DGB wird deshalb in den nächsten Monaten ein neues Steuerkonzept vorlegen, mit dem wir auf alle demokratischen Parteien in diesem Superwahljahr zugehen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir eines bereits sagen: Der Staat könnte nach unserem Konzept deutlich mehr als 60 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen. Wir setzen dabei auf eine höhere Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und auf einen konsequenten Steuervollzug. Auch Finanztransaktionen werden Thema sein. Und natürlich geht es auch um mehr Steuergerechtigkeit bei den Einkommen. Untere Einkommen müssen entlastet werden, starke Schultern können und müssen mehr tragen. Details werden wir im Laufe der kommenden Monate vorstellen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

DGB-Bundesvorstand Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30/24060-211 Fax: +49 30/24060-324